

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. M.
Telegramm-Adresse: Zeitung.
Fernsprecher 27



Anzeigen

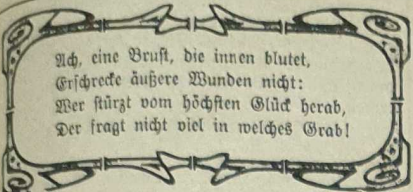
werden die sechsgepaltenen 3 mm hohe (Breite) etc. oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; anwärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Werben kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenverpflichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmehgebühr für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pfg. Zeitungsstellen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 86.

Donnerstag, den 23. Juli 1925.

18. Jahrgang.



Ah, eine Brust, die innen blutet,
Erschrecke äußere Wunden nicht:
Wer stürzt vom höchsten Glatz herab,
Der fragt nicht viel in welches Grab!

Die außenpolitischen Fragen.

Das Reichstagsplenarium ist in die große außenpolitische Debatte, im Rahmen der durch die deutsche Zwischenmore gekennzeichneten Lage, eingetreten. Zweifellos mag die deutsche Note manderlei Anlaß zu Kritik geben und nicht in allen Einzelheiten der Zustimmung begegnen, trotz allem bleibt ihre große Bedeutung unbestritten. Sie ist ein Fortschritt und dürfte wohl geeignet sein, die schwebenden großen außenpolitischen Fragen zu klären. Sie stellt zugleich ein Dokument dar, das der Würde des Deutschen Reiches genügt ist. Der Streit über das Februarmemorandum und über die Geschichte der Sicherheitsfrage kann also ruhig schweigen, zumal feststeht, daß diese neue Grundlage für die weiteren Erörterungen unter der Verantwortung des gesamten Kabinetts zustande gekommen ist.

Man darf der Reichsregierung ohne weiteres beistimmen: Was Deutschland tun konnte, ist geschehen. Es liegt jetzt an Frankreich, zu beweisen, daß es bereit ist, die Politik der Nachburchführung um einer Politik der christlichen Verständigung willen aufzugeben. So muß Frankreich vor allem erst seine Nahrungspflicht an der Ruhr erfüllen, die Sanctionsstädte zurückgeben, im Saargebiet ein anderes Regime einführen und in die Befreiung der ersten rheinischen Zone willigen, ehe überhaupt eine Gedanke daran ist, daß sich aus den jetzt schwebenden unverbindlichen Vorerörterungen eine tatsächliche Verhandlung entwickelt.

Alles freilich, was zu wünschen und zu fordern wäre, enthält die Note nicht. Sie ist eben doch das Ergebnis eines Koalitionskompromisses und kann die Anwendung nicht verweigern. Aber sie ist immerhin ein Erzeugnis, das sich sehen lassen kann. Es ist verständlich und durchaus zu billigen, daß der in der Definitivität wiederholt besprochenen Gedanke einer gemeinsamen Sitzung verdrängt hat. Zweck und Ziel vielerlei zu erwartender Verhandlungen kann für Deutschland nur sein, für ein Entgegenkommen, das es durch die Bereitwilligkeit, einen neuen freiwilligen Vertrag zu schließen, beweist, von der Gegenseite auch entsprechende Erleichterungen zu erhalten.

Die These des Herrn Briand, daß am Friedensverträge keine Veränderung erfolgen könne, ist unhaltbar. Zum mindesten müssen auf diesem Wege Veränderungen im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erreicht und rechtsgültig festgelegt werden, ehe an den Absichten neuer Verträge gedacht werden kann. Neue Verträge, die ganz selbstverständlich eine „Mildwirkung“, die vorher festzulegen ist, auf Beschlagsdauer und Saarbehandlung ausüben würden. Die französischen Forderungen nach einem Sanctionsrecht und nach der Berechtigung gleichzeitig als Treuhänder, Schiedsrichter und Verbündeter aufzutreten zu können, erfahren in dem deutschen Dokument scharfe Ablehnung. Auch wird genügend klar, wenn auch im unpräzisen Juristendeutsch, der nach deutscher Auffassung wesentliche Unterschiede zwischen einem Schiedsvertrag, wie ihn Frankreich für die sildischen Völker wünscht, der in einem Zwangsverfahren auslaufen würde, und einem Schiedsvertrag auf Grund eines Verleghsverfahrens, wie ihn Deutschland nach dem Maße bestehender Verträge für möglich hält, herausgearbeitet.

Auch die Reichsregierung ist sich darüber im Klaren, daß die kommende Beratung der Einzelheiten noch mit manchen Schwierigkeiten verknüpft sein wird. Der Bereich der Materie, die bei den Einzelbesprechungen behandelt werden muß, ist weit umfangreicher als es die Zwischennote überhaupt vermuten läßt. Wer das Dokument zu lesen versteht, wird merken, daß es in der ausdrücklichen Berufung auf das Septembermemorandum die erneute Ablehnung des Kriegsschuldbeitimmnisses enthält, jener Grundlage, auf der das Friedensabkommen von Versailles aufgebaut ist und mit dem es steht und fällt. Gewiß, man hätte noch mehr herausarbeiten können.

Bei allen kommenden Verhandlungen wird die Verzögerung nur dann zum Erlaß gelangen, wenn sie vor Parlament mit einem festen außenpolitischen Programm gedeutet wird. Da die Regierungsparteien einschließlich der Verfassungsparteien der Note bereits im Ausschuss beipflichtet haben, ist die Billigung der Außenpolitik durch die Reichstagsmehrheit jedoch gesichert.

Nach der Veröffentlichung.

Briand arbeitet bereits an der Beantwortung der deutschen Zwischennote.

Schon die bloße Ueberreichung der deutschen Zwischennote in der Sicherheitsfrage hatte genügt, die Auslandspresse zu großen Versprechungen zu veranlassen, noch bevor also der Wortlaut überhaupt bekannt war. Jetzt, nach der Veröffentlichung des Schriftstückes, sind die Mandbemerkungen der ausländischen Presse noch weit umfangreicher und mannigfaltiger, ein Zeichen, wie sehr die Wichtigkeit dieses Dokumentes gewertet wird.

Im Pariser „Journal“ heißt es, wenn die deutsche Note auch Verhandlung erlaube, so könne man doch nicht sagen, daß sie sie erleichtere. Das deutsche Dokument sei stellenweise sehr unklar, namentlich, wenn es die Unhaltbarkeit des Versailler Vertrages und die Revision selbst des Rheinlandstatutes proklamiere. Weiter verjähre es wiederholt, den Beweis zu liefern, daß Frankreich sich immer das Recht vorbehalten wolle, durch eine einseitige Entschädigung zu Gewaltmaßnahmen zu greifen.

Der „Matin“ bemerkt, Deutschland wolle die Verhandlungen über gleichzeitig stelle es fest, daß der Abschluß eines Sicherheitspaktes zwischen ihm und den alliierten Mächten notwendigweise zu einer neuen Fassung gewisser Vertragsklauseln führen müsse.

Wenn man sich auf Verhandlungen einlasse, müsse man immer auf einen Handel gefaßt sein, aber die Unterhaltung gewisser Vorbehalte, namentlich die der Vorbehalte hinsichtlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, würden, wie Briand klar zum Ausdruck gebracht habe, einen Erfolg der Verhandlungen ausschließen.

Der „Gaulois“ wird ausgeführt, wenn der Ton die Musik ausmache, müsse man zugehen, daß die deutsche Antwort ein beachtenswerter Fortschritt gegenüber den bisherigen Notizen der deutschen Regierung an die alliierten Regierungen oder an den Völkerbund sei. Aber unter der höflichen Form verberge sich der Widerstand gegen eine wirkungsvolle Realisierung des Friedens auf der Grundlage der bestehenden Verträge.

Die englischen Zeitungen erkennen den freundschaftlichen Ton des Schriftstückes voll an und betonen, daß die aufgeworfenen wichtigen Fragen zu schwierigeren Verhandlungen führen können. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß das zum Schluß der Note ausgedrückte Vertrauen auf ein politisches Ergebnis weiterer Verhandlungen sich rechtfertigen wird. In einem Realistatist sagt die „Morning Post“, die deutsche Note werfe zwar viele Fragen auf, die als fruchtig beantwortet werden könnten.

Es schade weiter nichts, wenn man die „Möglichkeit der Anpassung des Reichs an die Verhältnisse zur geeigneten Zeit an vordringliche Bedürfnisse mittels friedlicher Verhandlungen“ in Aussicht nehme, solange deutlich zu gehen werde, wie dies in der Note geschehe, daß der abzuschließende Vertrag keine Veränderung bestehender Verträge bringen solle.

Bedeutungsvoll ist das sehr günstige amerikanische Echo. „New York Times“ z. B. sagt, der alle Geist der Gegenseitigkeit sei endlich dem Bunt nach Zusammenstoß zu weichen, und damit sei die Schlacht halb gewonnen.

Die kommende französische Antwort.

Beibehaltung der interalliierten Zusammenarbeit.

Nach Meldungen der Pariser Presse ist der französische Außenminister Briand bereits seit Dienstag damit beschäftigt, die Antwort der französischen Regierung auszuarbeiten. Briand beschäftigt sich namentlich, an der Methode der interalliierten Zusammenarbeit festzuhalten und werde daher seinen Antwortschreiben dem förmigen Office sowie den übrigen alliierten Regierungen zur Kenntnis bringen. Je nach Eintheilen der zustimmenden Erklärung aller alliierten Regierungen würde dann der endgültige Text festgelegt und an Deutschland abgehandelt werden. Der „Petit Parisien“ erklärt, daß

erst nach längeren diplomatischen Verhandlungen, in denen zahlreiche Punkte noch aufgeklärt werden müßten, man daran denken könne, eventuell eine internationale Konferenz einzuberufen. Voraussichtlich werde man sich auf einen Notenwechsel oder

auf diplomatische Verhandlungen oder die Vorkasse beschränken.

Und die wirtschaftliche Erlösung?

Die Vorbedingung unserer Zahlungsfähigkeit.

Das Ruhrgebiet leidet in den Tagen, in denen die französischen und belgischen Truppen das Land verlassen, unter schweren wirtschaftlichen Sorgen. Vor der Tür stehen aber auch die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands auf Grund des Dawesplans zu zahlen. Ohne Lockerung der wirtschaftlichen Fesseln, die der Versailler Vertrag Deutschland anfertigte, wird Deutschland nicht zahlungsfähig.

Ohne eine Lockerung der politischen Fesseln kann Deutschland selbst bei besten Abzählmöglichkeiten nicht das Maß von Arbeit anbringen, das die Voraussetzung einer Zahlungsfähigkeit ist.

Zu diesem Maß von Erkenntnis muß sich die internationale Politik in dem Augenblick durchringen, in dem die vom Versailler Vertrag heraufbeschworene Steuerpolitik des Reiches die deutsche Wirtschaft zu um Erliegen zu bringen droht. Das wäre der Anfang vom Ende der ganzen europäischen Politik und Wirtschaft.

Eine amerikanische Stimme.

„New York World“ sagt in einer Besprechung der Anheräumung: „Potomac glaubt, daß Frankreich bereit ist, gegen Deutschland im Ruhrgebiet Krieg zu führen, als Deutschland die Reparationszahlungen nicht leisten konnte. Diese Politik würde aufgegeben, Europa wendet sich ab vom Krieg, die Räumung der Ruhr ist ein neues Anzeichen dafür, daß die Nationen sich dem Frieden zuwenden, der durch Duldsamkeit, Staatskunst und Weitsichtigkeit besser gesichert werden kann als durch Waffenmacht.“

Wenn schon die bessere Einsicht auf dem Marsche ist, dann darf sie aber nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Ein Zufall, das Eier legen soll, darf man nicht schlachten.

Das Zollkompromiß.

Die Einigung der Regierungsparteien.

Zwischen den hinter der Regierung stehenden Parteien ist, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, in der Zollfrage ein Kompromiß zustande gekommen. Ueber den Inhalt — die Grundlagen des Kompromisses waren schon in den letzten Tagen bekannt — verlautet folgendes:

Die Mindestzölle für Getreide sind offiziell gefallen. Man hat sich vielmehr auf Verhandlungszölle geeinigt, und zwar in Höhe der in der Regierungsvorlage als autonome Zölle vorgesehenen Sätze.

Außerdem wurde die Vereinbarung getroffen, daß bei dem Abschluß von Handelsverträgen ein Satz von 3 Mark für Roggen und 3,50 Mark für Weizen nicht überschritten werden soll. Für Vieh, tierische Produkte und Fleisch werden Mindestzölle eingeführt in Höhe des anderthalbfachen der Vorkriegszölle. Damit ist also der Forderung der Agrarproletenkommission auf härteren Schutz der Viehzucht und der kleineren Landwirtschaft Rechnung getragen. An Gefrierfleisch bleibt für die nächsten zwei Jahre ein Kontingent in Höhe der Einfuhr des letzten Jahres fest.

Wie ferner verlautet, sind die Verhandlungen im besten Einvernehmen geführt worden und haben mit voller Einmütigkeit der Regierungsparteien geendet. Das Zentrum war an den Verhandlungen führend beteiligt.

Strefemanns Erklärungen.

— Berlin, den 22. Juli 1925.

Die Aussprache im Reichstag über die Note. Sofort mit Eintritt in die Sitzung ergriß das Wort Außenminister Dr. Strefemann,

der in großen Zügen ausführte: Nur durch eine sachliche Darlegung unserer Grundgedanken konnte das Problem der Sicherheit weitergebracht werden. Den Kernpunkt des angestrebten Vertragswerkes bildet der westliche Garantiepakt. Dazu kommt der Ausbau des Systems der Schiedsgerichtsverträge. Wichtige maßgebende Einzelpunkte sind noch ungelöst, darunter besonders die Ausgestaltung des Sicherheitspaktes im einzelnen, die Schiedsgerichtsverträge

... abhingen Tausende, weil vom Tag wert...
... die Reichshahn trägt dem durchaus noch nicht...
... die Entfernung über 40-60 Kilometer...
... die Reichshahn trägt dem durchaus noch nicht...
... die Entfernung über 40-60 Kilometer...
... die Reichshahn trägt dem durchaus noch nicht...
... die Entfernung über 40-60 Kilometer...

Aus der Heimat

Spangenberg, den 23. Juli 1925

§ Protokollversammlung des Wittevereins. Der Witteverein des Kreises Melungen nahm vorgestern in einer Protokollversammlung abweichende Stellung gegen die Abstimmungsbeschlüsse (Gemeindebestimmungsrecht) der Vorstehende Markolf vernahmte sich in seinen Eingangsreden eindringlich gegen das Eingreifen der Abstimmungsbeschlüsse und betonte vor allem, daß selbst von der Wittevereinsversammlung das Verbot von Alkohol an Jugendliche befohlen und gegen den übermäßigen Alkoholgenuß eingeschritten wurde. In Bezug auf die ungleiche Behandlung der Polizeistunde würden die Witte in den Gemeinden als Bürger II. Klasse hingestellt. In neuerlicher Hinsicht seien sie allerdings Bürger I. Klasse. Gegen die neuerliche Sonderbehandlung erhob er namens seiner Kollegen scharfen Protest. Ueber das Vorgehen der Abstimmungsbeschlüsse hielt er dem Vorstandsmittglied des Zentral-Vereinsverbandes Grenzbezugs-Kasse einen eingehenden Vortrag. Er hob hervor, daß der Alkoholverbrauch von 1914-1924 um die Hälfte zurückgegangen sei und kam zu dem Ergebnis, daß eine Gefahr für die Volksgesundheit nicht bestehe. Auch dem Witteverein liege daran, die deutsche Volkskraft zu erhalten. Selbst ärztliche und wissenschaftliche Autoritäten vertreten den Standpunkt, daß mäßiger Biergenuß den Körper kräftige. Es wurde dann folgende Resolution gefaßt: „Die vom Witteverein Melungen einberufene Protokollversammlung erhebt einmütig Protest gegen die Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes und verlangt nachdrücklich von der Volksovertretung Ablehnung der Forderung der kleinen Gruppe der Abstimmungsbeschlüsse, da das Gemeindebestimmungsrecht lediglich ein Vorläufer zur Trockenlegung Deutschlands nach amerikanischem Muster bedeutet. Die Versammlung fordert daher scharfe Zurückweisung des Gemeindebestimmungsrechtes.“ Als 2. Redner sprach ein Herr Köppler über die ungleiche Behandlung der Polizeistunde, die in folgender an die Stadt- und Kreisbehörde und an den Regierungspräsidenten einzureichenden Resolution gipfelte: „Die Gastwirte des Kreises Melungen verlangen in ihrer heutigen Vollversammlung endlich eine gerechte Behandlung der Polizeistunde, die allein in einer Gleichstellung der Stadt mit dem Lande zu suchen ist. Die Landbevölkerung kann eine ungleiche Behandlung in dieser Hinsicht nicht verstehen und sieht sich als Staatsbürger 2. Klasse an. Auch der Verkehr in den Landstrichen verlangt eine Ausdehnung der Polizeistunde, damit auch der arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit gegeben wird, nach des Tages Arbeit Erholung zu finden.“ Stadtverordneter W. Hüßler-Melungen (Sog.) der als Gast anwesend war, sprach seine Genehmigung darüber aus, daß der Witteverband selbst den Alkoholverbrauch bekämpfe. Der Referent Köppler besprach denn noch die Befragung des Gastwirtsverbandes mit Sondersteuern, die nicht mehr zu tragen seien. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die heute in Melungen gut besuchte Versammlung der Gastwirte verlangt Gleichbehandlung des Gastwirtsverbandes in Bezug auf steuerliche Befragung mit den anderen Berufsgruppen und legt Protest gegen jede Sonderbesteuerung ein. Das Gastwirtsverzeichnis ist gewillt, an dem Wiederaufbau des Vaterlandes mitzubeteiligen, soweit es dazu in der Lage ist, und will zu diesem Zweck gern die allgemeinen steuerlichen Lasten tragen, sich aber nicht durch Sonderbesteuerung drücken lassen.“ Nachdem noch eine kurze gesamtliche Sitzung stattgefunden hatte, wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden mit dem Appell an die Gastwirte, sich noch fester zusammen zu schließen, geschlossen.

Spangenberg als Tagungsort. Am 12. u. 13. Sept. findet hier eine Tagung der Deutschen Turnererschaft statt. Es ist von dem bekannten Führer der Deutschen Jugendturner Edmund Neundorff, Direktor der Preussischen Hochschule für Leibesübungen, einberufen und wird auch von diesem geleitet werden. Zur Teilnahme sind geladen von jedem Turnkreis der Provinz ein Turnwart und ein Jugendturner, nämlich ein Junge und ein Mädchen.

Missionsfest der Klasse Spangenberg. Am verflochtenen Sonntag wurden in dem Schönen, von den Eltern und Vätern des Stölinger Berges umrauschten hühen Dorfschen Herfeld das diesjährige Missionsfest der Klasse Spangenberg abgehalten. Viele Missionsfreunde

aus nah und fern waren gekommen, um sich an dem erholenden Gottesdienste im Freien zu erbauen. Festrediger waren Pfarrer Selig, Binsdorf, Pfarrer Wüsch, Zwickel und Kreispfarrer Schmitt. Leider mußte der Gottesdienst wegen einem heftigen Gewitterregen eine Stunde unterbrochen werden; doch fanden sich sämtliche Besucher nach dem Regen wieder ein. Reichhaltig wurde das Fest durch Vorträge des Herfeldener Männergesangsvereins und des hiesigen Jungfrauenvereins, sowie durch Vorträge des Wälderschor's unseres Jünglingsvereins. Nach dem herrlichen Gottesdienst wurden die Gäste von den Bewohnern Herfelds in zuvorkommender Weise mit Kaffee und Kuchen bewirtet.

Krankentaggbeiträge. Nach § 383 der Reichsversicherungsordnung sind bei Arbeitsunfähigkeit für die Dauer der Krankentagg keine Beiträge zu entrichten; was gleiche gilt während des Bezuges des Wochenlohnes.

Herfeld. Zum Rhön-Segelflug-Wettbewerb 1925 sind bis zum Vormittag 68 Flugzeuge gemeldet worden. Man findet unter den gemeldeten Apparaten einige mit neuartigen Vorrichtungen, wie Schlagflügel, neuen Startvorrichtungen und anderen. Die Veranstaltung ist international auf der Basis der Gleichberechtigung. Die russischen Segelflieger, welche in der Krim bereits schöne Leistungen erzielte haben, werden mit sechs Maschinen am Start erscheinen.

Hann. Münden. Eine rätselhafte Krankheit besiel ein 15jähriges blühendes junges Mädchen in der Frauenschule Ratenbühl, nachdem es mit den anderen Schülerinnen tags zuvor einen Ausflug unternommen hatte. Es trat ganz plötzlich Lähmungserscheinungen auf, die binnen 2 Tagen zum Tode führten.

Aus Stadt und Land.

Neue Wasserrotte in Berlin. Die erste diesjährige Higelwelle vor mehreren Wochen hatte eine Wasserrotte im westlichen Teile der Reichshauptstadt im Gefolge. Die neue Higelwelle brachte eine neue Wasserrotte. In der Bevölkerung ist man entrückt, daß die Charlottenburger Wasserwerke in der Zwischenzeit so gut wie nichts unternommen haben, um einer Wiederholung der Wasserrotte zu begegnen. Allgemein wird energisches Vorgehen gegen die Wasserwerke gefordert und verlangt, daß nimmehr mit Schadenersatzforderungen von den beteiligten Gemeinden vorgegangen wird.

Eltern, die ihre Kinder verbrennen. Bei einem Brande in Dikro in der Lausitz, kamen drei Kinder und die Pflanzstätte eines Ehepaars in den Flammen um. Die Eltern und das jüngste Kind konnten gerettet werden. Das Ehepaar wurde wegen Brandstiftung verhaftet. Das Schlichtergericht verurteilte den Mann wegen vorsätzlicher Brandstiftung mit Todeserlöb und wegen Verletzungsbetruges zu 10 Jahren Zuchthaus, die Frau wegen Auslieferung von hilflosen Personen mit Todeserlöb zu drei Jahren einen Monat Zuchthaus.

Wohnunfall eines 17jährigen. Ein Schüler, der in Michalowitz (Oberhavel) kassieren wollte, wurde von einem 17jährigen Angehörigen des Kunds mit einem Hammer auf dem Kopf geschlagen und bearbeitet. Eine Frau brach beim Anblick des blutüberströmten Mannes zusammen und verstarb. Der jugendliche Mörder machte dann einen Selbstmordversuch und liegt hoffnungslos darnieder. Es scheint sich um eine Bahnunfall zu handeln.

Großfeuer an der polnischen Grenze. In dem Grenzort Jellentisch entzünd ein Brand, der sich sehr schnell zu einem Großfeuer ausdehnte. In kurzer Zeit wurden acht Gebäude eingeebnet. Größere Entschädigungen sind vernichtet. An den Völkarbeiten beteiligten sich auch von jenseits der Grenze die Wehren des früheren deutschen Galzahn und Jamen.

Der Schauspieler als Hochverräter. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig beurteilte den Schauspieler und Schriftsteller Joseph Hartner, genannt Hoff, aus Ertzart wegen Weisheit zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikanentum zu 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe.

Wald- und Moorbrand. Zwischen Rastede und Madorf im Oldenburgischen wütete ein großer Wald- und Moorbrand. Infolge Wassermangels besteht Gefahr für weitere Ausbreitung des Brandes. Mehrere Häuser mußten geräumt werden. Die Reichswehr ist zur Bekämpfung des Feuers eingetroffen. In der Gegend von Bissendorf bei Mellendorf (Hannover), ist ein Moor- und Heidebrand ausgebrochen. Auch hier ist Reichswehr zur Abkämpfung des Brandes eingesetzt worden.

Der Mord in Hamburg aufgeklärt. Im Hafen von Hamburg wurden in einem Koffer Teile einer weiblichen Leiche gefunden. Die Leiche konnte bereits als ein 27jähriges Mädchen festgestellt werden. Als Mörder wurde von der Kriminalpolizei ein 35jähriger Meter ermittelt. Der Täter ist schuldig. Die mit Unterstützung eines Polizeibundes vorgenommene Durchsuchung der Wohnung des Täthigen führte zur Auffindung der fehlenden Leichenteile und Bekleidungsstücke.

Gegen belgische Kriegsgerichtsbarkeit. Wegen der Vorgänge in Dinant in Belgien am 23. und 24. August 1916 hatte das Kriegsgericht von Namur eine Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere im Abwesenheitsverfahren zum Tode verurteilt. Wegen der gleichen belgischen Verurteilung hatte das Reichsgericht ein Untersuchungsverfahren eingeleitet und festgestellt, daß keine strafbaren Handlungen vorliegen, da die Offiziere nach Kriegsrecht behandelt haben.

Das verhängnisvolle Ausmaß. Auf dem Bahnhof Glasten wurden zwei Auskügler, beim Leisen eines Fahrplanbuches, die zu nahe an das Geleis traten, von einer Lokomotive erfasst und so schwer verletzt, daß der eine von ihnen bald darauf starb. Der andere liegt hoffnungslos darnieder.

Neue Hallen. Auf dem mit Unterstützung des badischen Staates zwischen dem Rhein und der Bahnhalle Freiburg-Mühl im Pöbel errichtete ein Kolonialwarengeschäft ist es nach dreifähriger Arbeit nimmehr gelungen, in einer Tiefe von etwa 800 Meter auf Kalksteine zu stoßen, deren Beschaffenheit außerordentlich wertvoll ist. Die Bohrungen waren außerordentlich schwierig, da das Gestein unter wasserreichen Kalkschichten liegt.

Töblicher Autounfall in den Bergen. In Liror 100 km in der Gegend von, in dem sich ein Ministerialrat vom Handelsministerium befand, mit dem Polizeiführer der Passfahr, das auf der unrichtigen Seite ausgefahren fuhr, zusammen. Der Chauffeur war sofort tot. Der Ministerialrat wurde in sterbendem Zustand nach Basel gebracht und verschied dort.

Zusammenstoß an der österreichischen Grenze. Der Motorradfahrer O. Geßler, der beim Fortschreiten der Passfahr anlässlich der Passfahr die schnelle Zeit für Motorrad erzielte, ist an der bayerisch-österreichischen Grenze mit einem Automobil zusammengefahren und getötet. Geßler erlitt eine leichte Gehirnerschütterung und mehrfache Hautabwühlungen.

Ein eigenartigen Selbstmordversuch verübte ein Alpenjäger in einem böhmischen Städtchen. Er verarbeitete eine alte Ofenröhre zu einem Messer, lud sie mit Pulver, Nägeln, Eisenstücken und Wachs, richtete das Rohr auf seine Brust und brachte die Ladung zur Entzündung. Er wurde mit zerrissener Brust ins Krankenhaus eingeliefert. Liebeskummer war die Veranlassung zum Selbstmord.

Wieder ein Frauermord. Im Hof von Neapel fanden Fischer einen schwimmenden Koffer, der fest verschlossen war. In diesem fanden sie die Leiche einer Frau. Der Fund ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Man vermutet auf Grund der Beschaffenheit der Leiche, mit denen der Koffer zugehängt war, daß das Verbrechen auf hoher See begangen worden ist und der Koffer an die Küste angepölpelt worden ist.

Das Ende des amerikanischen Affenprozesses. In Daho in im amerikanischen Staate Tennessee, hatte sich ein Lehrer vor dem Gericht zu verantworten, weil er erklärt hatte, daß der Mensch von anderen Tieren abstamme. Mit dieser Erklärung hatte der Lehrer gegen die staatlichen Gesetze verstoßen und wurde zu einer Geldstrafe von 100 Dollar verurteilt. Der Richter wandte sich am Schluß der Sitzung an die Geschworenen und sagte, wenn der Angeklagte das Geze verlegt habe, das die Verbreitung der Lehre verbiete, daß der Mensch von niederen Tieren abstamme, müsse er verurteilt werden, aber die Frage der Zeugung der biblischen Geschichte von der Erschaffung der Welt durch Gott siehe nicht zur Entscheidung. Der Angeklagte erklärte, er sei davon überzeugt worden, daß er ein unbilliges Geze verlegt habe, aber wenn er anders gehandelt hätte, würde er den hohen Lehren der akademischer Freiheit verlegt haben. Er werde fortfahren, sich gegen ein Geze aufzulehnen, das er für verfassungswidrig halte.

Eine kommunistische Jugendorganisation in Polen. Die Polizei in Warschau hat eine große kommunistische Jugendorganisation aufgedeckt, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Warschauer Garnison bolschewistisch zu durchsetzen. 30 Personen wurden verhaftet.

Geschüßexplosion an Bord eines amerikanischen Kriegsschiffes. Bei Schießübungen des Kreuzers „General San Martin“ ist an Bord ein 20 Zentimeter-Geschüß explodiert. Acht Mann der Besatzung wurden getötet und neunzehn schwer verwundet.

Kleine Nachrichten.

- Der Senator der deutschen Kirchenfürsten, Bischof Maximilian v. Ding, beging das diamantene Priesterjubiläum. Während des Weltkrieges hat er sich besonders in der Kriegserführung und im Kosen Kreuz betätigt.
- Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist am 18. d. M. Kaiser ein 24 Jahre alter teuflicher Hochschüler tödlich abgestürzt.
- Die Getreidernte dieses Jahres in Italien wird auf 62 Millionen Doppelzentner gegenüber 46 Millionen Doppelzentner im vorigen Jahre geschätzt.
- Während einer nationalen Fester in Belgrad löbte ein mit 50 Festteilnehmern besetztes Boot auf der Save um, wobei acht Personen ertranken.

Scherz und Ernst.

ii. Das Licht hat Stoffkraft, d. h. übt einen Druck aus, das nicht schon Leonhard Euler vor 175 Jahren und benies Maxwell theoretisch; später hat man es auch durch das Experiment dargelegt. Daß dies nicht so leicht ging, liegt daran, daß dieser Lichtdruck sehr schwach ist und den Widerstand der Luft nur schwer überwindet, aber wenn man Lichtstrahlen auf eine leicht drehbare Vorrichtung in einem genügend luftleeren gemachten Gefäß fallen läßt, kann man ihre Stoffkraft sofort beobachten. Praktisch wichtig ist diese noch nicht; aber man hat sie für Erklärung einiger Erscheinungen benutzt. Bekanntlich haben die Kometen stets von der Sonne abgehende Schweife. Man erklärt sie durch Ausströmungen des Kometenkernes, deren Teilchen durch Strahlendruck von der Sonne abgestoßen werden. Auch die Korona der Sonne erklärt man dadurch. Man versteht darunter einen matt schimmernden Teil der Sonnenatmosphäre, der sich von der Sonne aus weit in den Weltraum erstreckt, oft in der Länge des Sonnenradius. Archimedes glaubt auch den Strahlendruck benutzen zu können, um die Weise seiner Kosmozoen zu erklären. Er versteht darunter kleine Kerne von Lebewesen, welche im Weltall umherfliegen, um sich auf geeigneten Himmelskörpern niederzulassen und aus sich eine Lebewelt zu erzeugen. So ist nach ihm die Entstehung des Lebens auf bis dahin unbewohnten Himmelskörpern zu erklären. Als Kraft, welche diese angebliehen Lebenskerne im Weltall weiter befördern soll, spricht er nun den Lichtdruck, die Stoffkraft der Lichtstrahlen an. Natürlich ist dies aber nur eine an sich gestrichelte Theorie, die durchsichtsbefähigt ist. Sie weicht auch vor allem daran, daß die armen Weltkugler von lebenden Kosmozoen umendlich die Kälte des Welttraumes (-272) ausgehalten haben können.

Das Perpetuum mobile.

Ein Ding der Unmöglichkeit.
Immer und immer wieder tauchen Erfinder auf, die sich mit dem Problem des Perpetuum mobile beschäftigen. Der sterbliche Mensch will eine unsterbliche Maschine schaffen, eine Maschine, die von nichts lebt, durch nichts getrieben wird und trotzdem gewaltige Kraftleistungen abgibt. Keine Kraft soll sie bewegen, keine Kraft ihr zugeführt werden, und dennoch soll sie ewig Kraft spenden.

Wie weit in die älteste Zeit zurück reichen die Versuche, ein Perpetuum mobile zu schaffen. Bald wurde die magnetische Kraft herangezogen, bald das Sonnenlicht, bald die Anziehungskraft des Mondes.

Das Wasserrad aus dem 16. Jahrhundert, das die zu seinem Betriebe erforderlichen Wassermengen selbst pumpt, wird heute noch im Deutschen Museum in München gezeigt. Das magnetische Perpetuum mobile aus der Zeit des Bischofs Willms ist gleichfalls noch vorhanden, auch das Wunderwerk des Adventurers Dr. Fulton, das seinerzeit dazu führte, daß bekannte Physiker an die Kraftzeugung aus dem Nichts glaubten, bis Newton hiergegen Stellung nahm, finden wir heute noch in vielen Beschreibungen. Marquis von Worcester führte dem englischen Könige ein Perpetuum mobile vor und fand Glauben, sodaß vor 200 Jahren die französische Akademie der Wissenschaften für die Erfindung eines Perpetuum mobile 500 000 Franken aussetzte. In den Jahren 1760 bis 1770 brach in London eine wahre Epidemie unter den Technikern aus, um ein Perpetuum mobile herzustellen. Freilich schon vor 135 Jahren war in der Gelehrtenwelt die Erkenntnis durchgedrungen, daß es ein Perpetuum mobile nicht gibt und geben kann. Trotzdem patentierte das Deutsche Patentamt in Berlin im Jahre 1870 ein Perpetuum mobile unter dem Titel „Magnetmotor“, das auf dem Prinzip beruhte, ein Rad durch die behändig wirkende Kraft des Magnetismus in fortwährender Bewegung zu erhalten, wobei die überschüssig erzeugte Kraft aneweitig abgeben werden kann.“ Auch in England wurde ein Perpetuum mobile patentiert, in Amerika sogar mehrere.

Die berühmteste Wasserradkonstruktion darf ebenfalls das Recht beanspruchen in unserer Zeit das Recht der Schmincke erblickt zu haben. Der Erfinder setzte ein Wasserrad vor eine Reihe mit Dohl gefüllten Röhren und stellte das ganze dann in ein Wasserbassin. Die Dohle sollten das Wasser auffangen es oben abdrücken lassen und so das Rad in ewiger Bewegung halten, indem das Gewicht des tropfenden Wassers das Drehmoment schuf und gleichzeitig in das Bassin zurückfiel. Das war natürlich nicht möglich, denn die Dohle saugten zwar das Wasser auf, gaben es aber nicht ab. Das letzte Perpetuum mobile wurde 1911 von Greinacher konstruiert und bestand darin, daß durch Radiumstrahlung ein aus einer Nadel ruhendes Messingplättchen geladen und dadurch in Drehung versetzt wurde, während der Drehung sich durch Anschlag an einen Platindrath entlud, in die Ruhelage zurückkehrte, dort wieder geladen wurde und sich nun wieder drehte. Allerdings nicht bis in alle Ewigkeit, sondern nur solange, bis die Energie des Radiums erschöpft war, die indes sehr lange erhalten bleibt.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 21. Juli 1925.
Die Verforgung der Kriegeschädigten.
In Beginn der heutigen Sitzung sprach der Präsident über dem Abg. Herold (Ztr.) anlässlich seines 70. Geburtstages die Glückwünsche des Hauses aus.
Die Vereinbarung mit Frankreich über den Warenverkehr zwischen Deutschland und dem Saarbezugsgebiet wird dem auswärtigen Ausschuss überwiesen.
Es folgte die zweite Beratung der Vorlage zur Änderung der Verforgungsabfertigung, soweit sie Kriegeschädigten zugeht.
Abg. Wolf (Wapen. Sp.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Ausschuss ersucht die Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß die Zellbehandlung aller erkrankten Kriegshinterbliebenen künftig sichergestellt wird.
Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte, daß nach dem alten Recht 900 Millionen und nach dem neuen Recht 1 Milliarde für die Kriegeschädigten auswendig wurde.

Die deutsche Antwort.

Deutschlands Note auf Briands Vorschlag.
In der nunmehr gleichzeitig in Paris und Berlin veröffentlichten deutschen Antwortnote auf Briands Note über den Sicherheitspakt wird die Verhandlungsbereitschaft Deutschlands über diese Frage in Aussicht gestellt und die zahlreichen deutschen Bedenken gegen den französischen Vorschlag hervorgehoben. In seinem wesentlichen Teil heißt es in dieser deutschen Antwort:

Die alliierten Regierungen betonen in der Note vom 16. Juni, daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine Verringerung der Friedensverträge mit sich bringen dürfe. Die deutsche Regierung vermag aus den Ausführungen der Note über diesen Punkt nicht ohne weiteres zu erkennen, welche Absicht die alliierten Regierungen damit verfolgen. Die deutsche Regierung betrachtet es hierbei als selbstverständlich, daß nicht etwa für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge auf dem Wege friedlichen Uebereinkommens zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen.

Wenn die alliierten Regierungen zum Beispiel hervorheben, daß der Sicherheitspakt die geltenden vertraglichen Bestimmungen über die militärische Besetzung deutscher Gebiete nicht berühren dürfe, so ist es richtig, daß das deutsche Memorandum den Inhalt des Paktes nicht von einer Verringerung dieser Bestimmungen abhängig gemacht hat. Sollten die alliierten Regierungen jedoch beabsichtigen, jene Bestimmungen als für die Zukunft schließlich maßgebend hinzustellen, so möchte die deutsche Regierung demgegenüber darauf hinweisen, daß das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes eine so bedeutende Verringerung darstellen würde, daß sie nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten und überhaupt auf die Fragen der Besetzung bleiben dürfte.

Bedenklich wären ferner die Folgen, zu denen die in der französischen Note vorgeschlagene Konstruktion der Garantie für die abguschließenden Schiedsverträge führen könnte.

Während nach der Völkervereinbarung die Frage, ob eine Friedenssicherung vorliegt, in einem genau geregelten Verfahren zu entscheiden und die Anwendung von Zwangsmaßnahmen an bestimmte, objektiv festzustellende Voraussetzungen geknüpft ist, würden nach

dem in der französischen Note entworfenen alle diese Entscheidungen in die Hand einer Partei gelegt sein.

Nach Auffassung der deutschen Regierung ist der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund keine notwendige Voraussetzung seiner großen Bedeutung, welche die deutsche Regierung die Verbindung der beiden Probleme seinen natürlichen Widerpruch erheben. Sie muß indes noch sorgfältiger Klärung bedarf.

Die in der französischen Note angeführten des Völkerverbundes vom 13. März d. J. haben Bedenken, die auf deutscher Seite gegen die Annahme der Verpflichtungen aus dem Vertrag in Betrachtung geltend gemacht worden sind, nicht zum Tragen.

Nach den Ausführungen des Völkerverbundes bleibt die Gefahr bestehen, daß Deutschland ein entlassener Staat, der von stark gestützten Mächten umgeben ist, der sich in zentraler Lage befindet und der in der Geschichte immer wieder der großer Kriege gewesen ist, bei dem Eintritt in den Völkerverbund unbedenklich der Verwicklung in zwischenstaatliche Konflikte dritter Staaten ausgesetzt sein möchte.

Deutschland kann als Mitglied des Völkerverbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seine Beteiligung auch die in der Völkervereinbarung der Einleitung zu Teil 5 des Verfallers Vertrags geforderte allgemeine Abrüstung folgt. Es muß wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund ermöglicht werden soll, eine allgemeine Abrüstung der allgemeinen Abrüstung über die Lösung müßte sowohl der besonderen militärischen und wirtschaftlichen als auch der besonderen politischen Lage Deutschlands gerecht werden.

Auf diese Bemerkungen zu den Ausführungen der Note vom 16. Juni möchte sich die deutsche Regierung vorerst beschränken. Trotz der angegebenen Bedenken glaubt sie in wesentlichen Punkten eine bedeutende Annäherung der beiderseitigen Anschauungen feststellen zu können. Die beteiligten Regierungen sind grundsätzlich einig in dem ernstlichen Willen, die Sicherheitsfrage durch den von Deutschland angeregten Garantiepakt und durch einen weiteren Ausbau des Systems von Schiedsverträgen zu regeln. Soweit wegen der Einzelheiten dieser Regelung noch Zweifel und Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden auch sie zu überwinden sein, wenn die Regierungen das anzustrebende Ziel fest im Auge behalten und die unerlässlichen Erfordernisse der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit Rechnung tragen.

Die deutsche Regierung glaubt deshalb hoffen zu dürfen, daß die weiteren Erörterungen zu einem positiven Ergebnis führen werden. Sie würde es lebhaft begrüßen, wenn diese Erörterungen beschleunigt werden könnten, damit dem dringenden Verlangen der Völker nach sicheren Bürgschaften für Ruhe und friedliche Entwicklung sowie für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten normalen weltwirtschaftlichen Beziehungen bald Genüge geschieht.

Casseler Tageblatt

mit Handelszeitung

Die moderne große Heimatzeitung

Größter Depeschendienst
Umfangreicher Heimatteil / Ausführliche Sport-Berichterstattung / Zahlr. Beilagen / Vielseitig. Unterhaltungstoff / Maßgebender Anzeigenteil
Bekanntester „kleiner Anzeigen-Markt“

Das „Casseler Tageblatt“ ist seit mehr als 7 Jahrzehnten das Blatt aller derjenigen, die schnell und zuverlässig unterrichtet sein wollen; die besonders für auswärtige Leser geeignete Ausgabe B (7 mal wöchentlich eine umfangreiche Morgenzeitung) kostet 2.50 Mark monatlich einschl. Zustellung
Probenummern kostenlos.

Eine jährige

gute Ziege

zu verkaufen.
Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Original Dürkopp

Herren- u. Damen-Fahrräder



in großer Auswahl
Richard Mohr, Spangenberg.

Johannisbeeren

Pfund 25 Pfennig
Bei Selbstpflücken 20 Pfennig

Kastengurken, Topfpflanzen
Kränze, frische Blumen

Salzmann'scher Gartenbaubetrieb
Fernsprecher 36

Freie Belieferung

Henko

Man spart Seife!

Mit Verwendung der altbewährten Henko Henkel'sch-Wasch- und Bleich-Soda beim Waschen verbilligt die Wäsche!

Gemischter Chor

„Liedertänzen“
heute Donnerstagabend
Gesangsstunde
Der Vorstand.

Die Erfahrung

Ist der beste Lehrmeister. Millionen Menschen kennen Schaumpon mit dem schwarzen Kopf als ein an reinigender Wirkung unübertroffenes Haarpflegemittel, das sie nicht mehr missen wollen. Deshalb schämen sie sich nicht und machen sich die Erfahrung Anderer zu eigen, indem sie zur Kopf-wäsche nur noch das altbewährte „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“ verwenden. Eine Auswahl der verschiedenen Sorten mit wirksamen Zusätzen ermöglicht es ihnen, ihr Haar nach Beschaffenheit und Farbe individuell zu behandeln.
Herst.: Hans Schwarzkopf, Berlin.

Achten Sie beim Einkauf genau auf die altschwarze Schutzmarke „Schwarzer Kopf“

Ziehung

am 19. und 20. August

zugunsten des Bundes erblindeter Krieger

Geld-Lotterie

Gewinne bar ohne Abzug = Mark

120000
60000
40000
20000
10000
5000

Viele Gewinne zu 1000 M. etc. Bestellen Sie sofort D. i. jinal-Lose à Mk 3.30. Zu haben bei

Herbert Keller
Hamburg 36
Stephansplatz

Städtisches Trinkwasser.

Die Benutzung der sog. Gartenanschlüsse wird bei Wasserknappheit wegen bis auf weiteres verboten. Bei Wiederhandlungen werden bestraft.

Spangenberg, den 21. Juli 1925.

Der Magistrat,
Wagler.

Impfungen gegen Maul- und Klauenruhr.

Der Herr Regierungspräsident hat in Nr. 24 des diesjährigen Amtsblattes darauf hingewiesen, daß es wegen der kurzen Dauer des Impfschutzes zwecklos sei, die Bestände schon zu impfen, bevor die Suche auf dem Gebiet ausgebrochen ist. Ebenso zwecklos sei es, Tiere noch zu impfen, wenn sie schon Fieber haben oder offensichtlich an der Seuche erkrankt sind. Die Kosten des Serum werden deswegen vom Bezirksverband nur dann erstattet, wenn erst nach Ausbruch der Seuche auf dem Gebiet und dann sofort und unter gleichzeitiger Anstreckung der Tiere vorrätig geimpft wird. Von den Herren Tierärzten müsse erwartet werden, daß sie in jedem Falle genau prüfen, ob und für welche Tiere eine Impfung in Betracht kommt, und daß die Tiere Impfschutz, für die der Betrag der Serumkosten abgelehnt werden müßte, unterlassen.

Mulden
Spangenberg, den 16. 7. 25.

Die Pottgießerwartung
Gefirn

Inferieren bringt Gewinn!